

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	81
		TOP:	2
Verhandlung		Drucksache:	638/2023
		GZ:	OB 1517-04.02
Sitzungstermin:	29.09.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Herr Haupt / as		
Betreff:	Klimaschutz-Programm		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 24.08.2023, GR Drs 638/2023. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StRin Munk (90/GRÜNE) äußert die Bitte an die Stadtkämmerei, bei künftigen Verfahren derartige Mitteilungsvorlagen anders darzustellen und besser aufzubereiten, da deren Auffinden oftmals sehr schwierig sei.

In der gestrigen Sitzung des Ältestenrats sei das Thema bereits intensiv diskutiert und ein entsprechender Auftrag an das Referat Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen (WFB) und die Stadtkämmerei mitgegeben worden, so StR Kotz (CDU). Insofern stimme er der Anregung von StRin Munk zu.

StR Dr. Jantzer (SPD) äußert seinen Dank für die Vorlage, da hiermit zum ersten Mal ein "Mapping" in dem Klimafahrplan vorliege. Die Darstellung der diesbezüglichen Ausgaben sei relevant und die Abgleichung mit den Listen habe einen großen Aufwand dargestellt. Ihm sei aufgefallen, dass die in den Steckbriefen beinhaltete Zielerreichung und die Konsistenz fehlten. So seien zwar Projektvorschläge der Verwaltung aufgeführt, allerdings sei kein Ergebnis in Zusammenhang mit dem Klimafahrplan erkennbar. Dies sei jedoch dringend notwendig und es sei in einer der letzten Sitzungen von BM Pätzold vorgeschlagen worden, dass Ende des Jahres Schlüsselkennzahlen aufgeführt würden, die eine Verfolgbarkeit ermöglichen. In den nächsten Doppelhaushaltsplanberatungen

müsse erkennbar werden, ob der Klimafahrplan mit den eingesetzten finanziellen Mittel wirkungsvoll umgesetzt werde.

Es müssten sowohl die Einzelvorlagen als auch die Rote Liste und die Grüne Liste auf ihre Richtigkeit überprüft werden, so StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Ebenso stelle der Energiebericht nahezu eine Mitteilungsvorlage zu den Haushaltsplanberatungen dar. Als Ehrenamtlicher sei er hiermit überfordert und falls dies Ziel der Verwaltung sei, sei ihr das geglückt. Seine Skepsis resultiere daraus, dass ein Klimafahrplan mit Steckbriefen bestehe und nach einem Jahr es an der Reihe gewesen wäre, diese Steckbriefe in Umsetzungspläne bzw. Pflichtenhefte für die Verwaltung zu übersetzen. Die Systematik des Klimafahrplans sei zwar zum Teil erkennbar, aber wie er sich in Bezug auf den Haushalt in Stellen und in finanziellen Mittel auswirke, sei nicht ersichtlich. Bei der Wärmeplanung passten die Förderprogramme nicht zu den benötigten Sanierungsraten und zu den Stückzahlen an Wärmepumpen. Falls ein Klimaziel oder eine Wärmeplanung mit dem Ziel von 3.400 pro Jahr bestehe, müssten in der Vorlage die hierfür benötigten Gelder aufgeführt sein. Anschließend müsse ein Controlling durchgeführt werden, ob diese Gelder und das Personal auch vorhanden seien. Die Herleitung der Mittel fehle jedoch komplett und alle Angaben in der Vorlage könne er nicht nachvollziehen, so der Stadtrat. Es sei unklar, mit welchem prozentualen Anteil die Zielerreichung mit städtischem Personal und städtischen Geldern unterlegt sei. Dieser Aspekt sei wichtig, um zu beurteilen, ob dies ausreichend sei. Die Vorlage enthalte zahlreiche finanzielle Ausgaben, die jedoch unerheblich seien, da die Klimaziele erreicht werden müssten. Gerade diese Verbindung fehle in der Vorlage.

StR Ozasek (PULS) betont, es müsse endlich begonnen werden, mit den Steckbriefen aus dem Net-Zero-Plan in den politischen Gremien zu arbeiten. Allein dieser Prozessschritt habe nicht stattgefunden, dass der Klimafahrplan politisch verifiziert, nachgesteuert und modifiziert werde. Angesichts der Tatsache in der Mitteilungsvorlage, dass kaum Positionen in die Grüne Liste übergegangen seien, stelle sich die Frage, wie groß überhaupt das Interesse der Stadtspitze an der Beschleunigung des Klimaschutzes in Stuttgart sei. Schlussendlich obliege es dem Gemeinderat, ein Stück im Blindflug, Teilhaushalte und Maßnahmen zu bemessen, ohne dass die Systematik klargezogen worden sei. Dieser Sachverhalt sei für die Stadträtinnen und Stadträte schwierig und kaum beherrschbar. Die Verwaltung sei beauftragt worden, über die Territorialbilanzierung für CO₂-Emissionen hinaus eine breitere ehrlichere Klimafolgenbilanzierung vorzunehmen (SCOPE 3, Bauwesen, Beschaffung und Vergabe). Bis zum jetzigen Zeitpunkt sei nicht nachvollziehbar, wie die Verwaltung mit diesem klaren Arbeitsauftrag umgegangen sei. Es sei dem Gemeinderat versprochen worden, dass nach der Sommerpause hierzu eine Vorlage präsentiert und in diesem Zusammenhang eine politische Diskussion geführt werde. Bislang habe dieses Vorgehen nicht stattgefunden. Der Stadtrat äußert die dringliche Bitte an die Verwaltung, diesen Aspekt baldmöglichst in die Gremien zu bringen. Die Klimafolgenabschätzung in den jetzigen Beschlussvorlagen sei absolut unbrauchbar und bringe politisch keinen Nutzen bei der Bemessung der Klimafolgen der politischen Beschlüsse.

Zum einen wolle er inhaltlich deutlich widersprechen und zum Verfahren den einen oder anderen Hinweis geben, betont Herr Körner (S/OB). Mit diesem Haushalt und dem Nachtrag aus dem Jahr 2023 habe der Oberbürgermeister dem Gemeinderat einen Vorschlag vorgelegt, welcher derart viele finanzielle Mittel für den Klimaschutz in den nächsten Jahren bereitstelle, wie es bei weitem bislang nicht möglich gewesen sei. Dies betreffe vor allem die städtischen Beteiligungsunternehmen, bei denen besonders viel

für den Klimaschutz investiert werden könne. Die SWSG erhalte 200 Mio. EUR, um ihre Klimaschutzziele und eine Sanierungsrate von 4 % zu erreichen. Die SSB werde erstmals 100 Mio. EUR pro Jahr aus dem städtischen Haushalt erhalten, um klimaneutrale Mobilität in Stuttgart zu ermöglichen. In die SWS seien bereits 100 Mio. EUR investiert worden und im Haushaltsentwurf des Oberbürgermeisters würden weitere 200 Mio. EUR zur Verfügung gestellt, um insgesamt 1 Mrd. EUR vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien zu investieren. Es handle sich um Summen, die in der Vergangenheit bei weitem nicht bekannt gewesen seien und die in Bezug auf den Klimaschutz den größten Effekt hervorbrächten. Hinsichtlich der städtischen Liegenschaften seien hierfür in der Grüne Liste von OB Dr. Nopper allein 31 Mio. EUR als Budgets u. a. für Contracting und für PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden vorhanden. Bei den einzelnen Liegenschaftsprojekten, welche immer häufiger einen Wert von über 100 Mio. EUR beispielsweise bei Schulneubauten erreichten, seien weitere Maßnahmen für den Klimaschutz enthalten. Der Oberbürgermeister habe ein in dieser Stadt noch nie dagewesenes Investitionsprogramm vorgeschlagen, um den Klimaschutz zu beschleunigen.

Beim Verfahren selbst könne er den ein oder anderen kritischen Hinweis hinsichtlich der Übersichtlichkeit nachvollziehen, so Herr Körner. Er habe als früherer Stadtrat selber erleben dürfen, wie schwer die einzelnen Mitteilungsvorlagen der Verwaltung der Roten und der Grünen Liste zuzuordnen seien. Es sei eine Prüfung in der Art vereinbart worden, wie das Verfahren zukünftig übersichtlicher gestaltet werden könne. Er wolle darauf hinweisen, dass der in der heutigen Sitzung krankheitsbedingt nicht anwesende BM Pätzold bereits hinsichtlich des Klimafahrplans angekündigt habe, Vorschläge für die Energiesteckbriefe zu unterbreiten, die rund 80 % des Weges zur Klimaneutralität darstellten. Im Übrigen habe es im Zusammenhang mit der in der heutigen Sitzung noch anstehenden Wärmeplanung mehrfach Informationen darüber gegeben, in welcher Form am Klimafahrplan gearbeitet werde. Im Bereich der Mobilität werde der Klimamobilitätsplan erstellt, über den die Verwaltung zwei Mal im Unterausschuss Mobilität über dessen Bearbeitungsstand berichtet habe. Ebenso sei darüber informiert worden, dass mit heutigem Stand von 2010 bis 2030 Maßnahmen zur Reduktion der CO₂-Emissionen von rund 50 % erbracht würden. Aus Sicht der Verwaltung werde in diesem Bereich Kurs gehalten und ein entsprechender Bericht werde noch vorgelegt. Sein Referat habe die Vorschläge der Fachverwaltung gesammelt und es sei bei der Mitteilungsvorlage 638/2023 wichtig gewesen, dass nicht lediglich ein inputorientierter Ansatz bestehe, sondern ebenso outputorientierte Erfolgsindikatoren. Dies bedeute eine Überprüfung in der Form, was mit den Geldern u. a. in Bezug auf CO₂ und PV erreicht werden solle. Diese fortschrittlichere Sicht auf die Arbeit der Verwaltung sei wichtig, da dieses Vorgehen ein Monitoring der Maßnahmen ermögliche. Herr Körner weist darauf hin, dass der Gemeinderat während der Doppelhaushaltsplanberatungen über genügend Gelegenheiten verfüge, über entsprechende Anträge Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Der Gemeinderat entscheide schlussendlich über die Inhalte des Haushaltsplans der LHS.

StR Rockenbauch betont, er könne die Ausführungen von Herrn Körner nachvollziehen und er bedaure ihn in Bezug auf die heutige Vorlage. Der Stadtrat hebt hervor, dass die Verwaltung die Unterstützung seiner Fraktionsgemeinschaft für die Vorlage erhalte. Allerdings fordere seine Fraktionsgemeinschaft mehr Maßnahmen. Die Vorlage sei seltsam, da sie lediglich prosaisch die Erfolge der Vergangenheit und Gegenwart aufliste. Im Wesentlichen handle es sich hierbei um eine Darstellung von hohen finanziellen Mitteln. So werde aufgeführt, es müssten Werbemaßnahmen für eine positive Darstellung

ergriffen werden und die Mittel müssten in denjenigen Bereichen eingesetzt werden, für die nicht die Stadtverwaltung verantwortlich sei. Bei allen anderen städtischen Bereichen handle es sich allerdings um ureigene Aufgaben. Daher sei die Aussage nicht ausreichend, für ein Contracting würden 31 Mio. EUR eingesetzt, da nicht beurteilt werden könne, ob dieser Betrag hoch oder niedrig sei. Die Bemessung liege vielmehr darin, welche finanziellen Mittel für klimaneutrale Gebäude bis zum Jahr 2030 benötigt würden. Angesichts der Notwendigkeit von einigen Tausend Wärmepumpen pro Jahr oder der Notwendigkeit des Netzausbaus von 27 km pro Jahr stelle sich die Frage, ob die entsprechenden städtische Förderprogramme hierfür ausreichend seien. Nach diesen Aspekten müsse eine Bemessung erfolgen und nicht beispielweise danach, ob die SSB einen Verlustausgleich erhalte. Es müsse geprüft werden, ob alle Großbauvorhaben finanziell möglich seien. Um für den Bereich des Klima- und Umweltschutzes zu werben, müsse die Verwaltung die Zahlen am Ziel der Klimaneutralität bemessen. Falls dies nicht vorgenommen werde, bestehe die große Gefahr, dass die Gelder in diesem Haushalt für andere Maßnahmen verwendet würden, die möglicherweise Personal bänden, welches jedoch für den Klimaschutz benötigt werde. Er gehe davon aus, dass die finanziellen Mittel für die SWSG, die SSB sowie die SWS bereits eingeplant seien. Es sei kein Verdienst des Oberbürgermeisters, sich an die Beschlüsse des Gemeinderats zu halten.

Eine umfassende Haushaltsdebatte finde am 12.10.2023 statt, so StRin Munk (90/GRÜNE). Die Aussage von Herrn Körner bezüglich der 2 Mrd. EUR müsse etwas relativiert werden, da dieser Betrag innerhalb von 5 Jahren investiert werde. Daher ergebe sich eine Summe von 400 Mio. EUR pro Jahr. Die Maßnahmen zum Klimaschutz müssten nun umgesetzt werden. Die Vorlage stelle aus Sicht der Stadträtin die Kurzfassung der Steckbriefe dar und es werde keine Priorisierung durchgeführt. Daher handle es sich bei der Vorlage um eine Art Sammelsurium. Allerdings müsse die Stadt auf messbare Weise beim Klimaschutz in die Umsetzung kommen. Sie plädiert dafür, in keine Detaildiskussion einzusteigen, sondern dies bei der Generalausprache zur Klimaneutralität im Gemeinderat am 12.10.2023 durchzuführen.

StR Dr. Jantzer (SPD) betont, er wolle auf einen Aspekt eingehen, welcher nicht in der Vorlage enthalten sei. Dies passe zu dem von einigen Vorredner*innen geäußerten Unbehagen. Die gesamten Ziele würden aus dem Beschluss heraus abgebildet und am Ende seien die Kernvoraussetzungen aufgeführt. Dabei fehle in der Vorlage der Aspekt der Organisationsentwicklung. In diesem Zusammenhang habe seine Fraktion im vergangenen Jahr einen Antrag gestellt, in dem aufgeführt sei, es solle ein professionelles Projektmanagement wie bei großen Bauvorhaben aufgestellt werden. Im McKinsey-Gutachten werde ausgeführt, dass als Gesamtgesellschaft in den nächsten 10 Jahren in den Klimaschutz mehr Gelder als für das Projekt Stuttgart 21 investiert werden müssten. Ebenso werde dargestellt, der Rat habe sich noch nicht klar machen können, hierfür werde ein professionelles übergeordnetes Projektmanagement benötigt. In diesem führten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Chancen- und Risikoabwägungen, die finanziellen Nachführungen der Planungen sowie die Berücksichtigung von Technologieentwicklungen durch. Da dieser Aspekt nicht einmal in der Vorlage enthalten sei, mache er dies zum Vorwurf an den Oberbürgermeister, so StR Dr. Jantzer. Schließlich erkenne der Oberbürgermeister nicht, dass für ein derart umfassendes Vorhaben auch parallel zur Organisation die sachlichen Verantwortungen aufgestellt werden müssten.

Zudem stelle sich die Frage, wie mit den Quartieren umgegangen werde. Zu diesem Thema seien gemeinsame Anträge gestellt worden. Dort müsse ebenso professionelles Projektmanagement hinzugezogen werden, da sonst keine Chance auf die Zielerreichung bestehe. Es sei zu hoffen, dass das Manko der Vorlage im Rahmen der Doppelhaushaltsplanberatungen erkannt und korrigiert werde. Die Verwaltung wolle unumstritten die Ziele erreichen und diese Willigkeit müsse in ein Organisationssetting transferiert werden, welches ein vierteljährliches Update ermögliche. In allen erfolgreichen Unternehmen der Stadt werde bei Großprojekten ein derartiges Management angewendet.

Er habe zu keiner Zeit ausgesagt, es solle unter diesem Tagesordnungspunkt lediglich formal diskutiert werden, betont StR Rockenbauch. Vielmehr solle in Bezug auf die Vorlage Stellung bezogen werden, damit die Ziele des Klimaschutzes erreicht würden.

Herr Körner widerspricht der Aussage von StR Rockenbauch, die Stadt investiere lediglich in denjenigen Bereichen, in denen die Stadt nicht verantwortlich sei. Vielmehr würden vor allem in denjenigen Bereichen hohe finanzielle Mittel investiert, in denen Effektivität bestehe und die größte Wirkung für den Klimaschutz erreicht werde. An StRin Munk gewandt, betont Herr Körner, zu Zeiten von OB Kuhn habe der Gemeinderat im Dezember 2019 ein Aktionsprogramm Klimaschutz "Weltklima in Not - Stuttgart handelt" mit 200 Mio. EUR in vier Jahren auf den Weg gebracht. Während damals 50 Mio. EUR pro Jahr investiert worden seien, handle es sich nun - wie von StRin Munk richtigerweise ausgeführt - um 400 Mio. Euro pro Jahr. Der finanzielle Einsatz für den Klimaschutz werde daher extrem ausgeweitet, was angesichts des beschlossenen sehr ambitionierten Klimaziels richtig sei. Den von StR Rockenbauch angesprochenen SSB-Verlustausgleich habe dieser relativiert, betont Herr Körner. Der Verlust der SSB steige u. a. aus dem Grund, da die SSB - unterstützt durch den Beschluss des Gemeinderats - ein gigantisches Investitionsprogramm beschlossen habe. Hierfür sei eine größere finanzielle Unterstützung durch die Stadt notwendig. Es handle sich um eine Verzwei- bis Verdreifachung dessen, was die Stadt aktuell für die laufende Unterstützung der SSB zur Verfügung stelle. Diese Investition habe direkte positive Auswirkungen für den Klimaschutz durch die Maßnahmen der SSB. Indirekt bestünden weitere Auswirkungen, da sichergestellt werde, dass die Investitionen der SWS, die aufgrund ihres Energiebereichs noch wichtiger für den Klimaschutz seien, besser als zum jetzigen Zeitpunkt finanziert werden könnten. Das dafür grundsätzlich vorhandene Vermögen bei der SVV werde nämlich zukünftig geschont, da die SVV nicht mehr den SSB-Verlustausgleich tragen müsse, sondern die Stadt selber. Daher sind nach Auffassung von Herrn Körner in der Vorlage und in der Grünen Liste sehr viele Aspekte für den Klimaschutz enthalten. Am 15.12.2023 werde im Gemeinderat über die gesamten zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel beschlossen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Thürna Kenntnisnahme der GR Drs 638/2023 durch den Ausschuss für Klima und Umwelt fest.

Zur Beurkundung

Haupt / as

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
Stabsstelle Klimaschutz

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. L/OB
 3. *Referat AKR*
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 5. Referat JB
 6. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
 7. Referat T
 8. Amt für Revision
 9. L/OB-K
 10. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand